

Radikale Linke und Gewerkschaften in den 1970er-Jahren

Die Betriebsintervention des »Revolutionären Kampfs« Frankfurt, Visionen von Arbeiterautonomie und die IG Metall bei Opel Rüsselsheim¹

Lucas Rudolph

Am Stadtrand von Oberursel, im hessischen Taunusgebirge, eine halbe Stunde mit S- oder U-Bahn vom Zentrum Frankfurts entfernt, steht die Villa Gans. Von 1953 bis 2004 beherbergte sie die Bildungsstätte der DGB-Jugend, besser bekannt als »Haus der Gewerkschaftsjugend«. Dort fand im Mai 1986 die Tagung »APO und Gewerkschaften« statt.² Rund 30 Teilnehmer:innen waren zugegen,³ mit ganz unterschiedlichen Biografien. Unter ihnen waren altgediente Gewerkschafter:innen: Theo Pirker zum Beispiel, der von 1953 bis 1956 am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB gearbeitet hatte und 1972 Soziologieprofessor an der Freien Universität Berlin geworden war. Hinzu kamen Wissenschaftler wie der Zeithistoriker Hans-Hermann Hertle, der sich damals mit Gewerkschaftsgeschichte beschäftigte und später zum Experten für die Geschichte der DDR werden sollte. Es diskutierten auch diejenigen mit, die aus der Außerparlamentarischen Opposition kamen: Etwa Joscha Schmierer, der 1968 Mitglied im Bundesvorstand des SDS gewesen war und 1973 den »Kommunistischen Bund Westdeutschland« mitgegründet hatte, dessen »Sekretär des Zentralkomitees« er lange geblieben war. Oder Bernd Rabehl, der zur selben Zeit im Bundesvorstand des SDS gewesen war und in den 1990er-Jahren wieder für Aufsehen sorgen sollte, als er sich offen rechtsextrem äußerte. Nicht zuletzt waren im Haus der Gewerkschaftsjugend Menschen zugegen, die selbst ein Bindeglied von Außerparlamentarischer Opposition

-
- 1 Ich danke herzlich dem Frankfurter Archiv der Revolte und dem Archiv des Verlags Neue Kritik für ihre Unterstützung.
 - 2 Die Beiträge sind dokumentiert in Haus der Gewerkschaftsjugend 1988.
 - 3 Unter den Anwesenden waren nur wenige Frauen, aber sie wussten sich in der Diskussion durchzusetzen. Im Folgenden nutze ich das generische Maskulinum, wenn ich von Personen abstrahiere und geschlechtergerechte Formen, wenn es um konkrete Menschen geht – außer sie machen das tatsächliche Geschlechterverhältnis unsichtbar. Oder anschaulicher: Es gibt eine »Arbeiterklasse«, die aus »Arbeiter:innen« besteht. Bei Opel in Rüsselsheim bauten dennoch »Arbeiter« Autos, denn es waren fast fünfzigmal so viele Männer wie Frauen.

und Gewerkschaften gewesen waren. Zu ihnen gehörte Jürgen Seifert, der 1958 in den Bundesvorstand des SDS gewählt worden war und in den 1960er-Jahren als vehementer Kritiker der Notstandsgesetze daran mitgewirkt hatte, beide zusammenzubringen. 1971 war er zum Professor für Politische Wissenschaft an der TU Hannover berufen worden.

In Oberursel trafen sich 1986 also einige alte Bekannte. Über ihr Wiedersehen dürften sich auch Matthias Beltz und Gerhard Wink gefreut haben. Ihre gemeinsame Geschichte lag schon einige Jahre zurück: Anfang der 1970er-Jahre hatten sie sich beim Automobilhersteller Opel in Rüsselsheim kennengelernt. Gerhard Wink hatte dort eine Ausbildung zum Schlosser gemacht und war Vertrauensmann der IG Metall geworden. Seit 1975 war er Mitglied des Betriebsrats. Als er an der Tagung teilnahm, war er das immer noch – und Vorsitzender der Vertrauensleute. Zwei Jahre zuvor, 1984, hatte er sich hervorgetan im Kampf für die 35-Stunden-Woche. Er gehörte zu jenen, die den mehr als sechswöchigen Streik des Rüsselsheimer Opel-Werks organisiert hatten. Matthias Beltz hatte 1964 in Marburg begonnen Jura zu studieren und sich der Gewerkschaftsjugend angeschlossen. 1966 war er nach Frankfurt gewechselt und zum SDS übergelaufen. Sein juristisches Referendariat hatte er 1971 abgebrochen, um als Arbeiter bei Opel anzuheuern – Matthias Beltz war damals Mitglied der Frankfurter linksradikalen Gruppe »Revolutionärer Kampf« (RK), die ab 1970 mit einer Betriebsintervention die Welt aus den Angeln heben wollte. Bis 1977 fuhr er täglich nach Rüsselsheim, im Rhythmus der Wechselschicht. Dann hängte er seinen Blaumann an den Nagel und wurde bald darauf hauptberuflich Kabarettist.

Student:innen in der Fabrik

Wie Matthias Beltz machten es mehrere tausend Student:innen Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre: Sie verließen die Hörsäle und betraten die Werkshallen. Sie wollten die Arbeiterklasse kennenlernen. »Betriebsarbeit« nannte man das damals – das war zwar kein Massen-, aber ein Szenephänomen.⁴ Jede der sogenannten »K-Gruppen«, der maoistischen Kleinstparteien und Bünde, schickte ihre Kader in die Betriebe. Hinzu kamen diejenigen, die sich am italienischen *Operaismo* ein Vorbild nahmen – darauf komme ich noch zurück. Aus ihnen sollten die »Spontis« hervorgehen. Zu dieser Richtung gehörten die »Proletarische Front« aus Hamburg, die Münchner »Arbeitersache« und eben der »Revolutionäre Kampf« aus Frankfurt, dessen Mitglied Matthias Beltz war.⁵

Der RK entstand im Oktober 1969 als »Betriebsprojektgruppe« des Frankfurter SDS. Im Laufe der nächsten Monate fanden sich etwa 30 selbsterklärte Revolutionär:innen in ihr zusammen. In der antiautoritären Protestbewegung hatten sie verschiedene politische Erfahrungen bei Demonstrationen, Teach-ins und Besetzungen gesammelt. Nun diskutierten sie darüber, wie man die Arbeiterklasse für sich gewinnen könne. Nach rund einem Jahr gemeinsamer Schulung und strategischer Diskussion war es so weit. Im Herbst 1970 ließ sich rund ein Dutzend Student:innen bei der Adam Opel AG

4 Siehe Arps 2011.

5 Siehe Kasper 2016.

in Rüsselsheim einstellen. Es folgten weitere Gruppenmitglieder, noch deutlich mehr im Sommer 1971. Sie begannen in der Werkzeugmacherei, im Karosserie-, Motor- und Achsenbau; sie arbeiteten als Schweißer, Schlosser, Staplerfahrer oder Bandarbeiter:in. Zu dieser Zeit waren rund 35.000 Menschen im Rüsselsheimer Opel-Werk beschäftigt, einem der größten Industriebetriebe der Region.

Ihren Schritt in die Praxis flankierten die Student:innen mit einer theoretischen Begründung. Ende November 1970 erschien das Manifest der Betriebsprojektgruppe in der *Socialistischen Correspondenz*, der damaligen Zeitung der Frankfurter Außerparlamentarischen Opposition. Es hieß *Untersuchung – Aktion – Organisation*, oder kurz: *Untersuchungspapier*.⁶ Zum Jahresende 1970 benannte sich die Gruppe um in »Revolutionärer Kampf«. Unter diesem Namen begann sie im Februar 1971, Flugblätter bei Opel zu verteilen – vor den Werkstoren und in den Hallen. Im April erschien die erste Ausgabe der Betriebszeitung.

1971 gründete sich eine Frauengruppe im RK. Sie kritisierte nicht nur den Chauvinismus ihrer männlichen Genossen; sie entwickelte auch ein Konzept für Betriebsarbeit mit Arbeiterinnen. Viele Frauen arbeiteten nicht mehr bei Opel, nicht mehr in der Industrie – sondern im Büro, beim Versandhandel Neckermann und der Allianz-Versicherung. Im Laufe der Jahre verschlug es einige Genoss:innen des RK in weitere Betriebe in Frankfurt und Umgebung. Zentrum der Betriebsarbeit blieb aber Opel. Dort konzentrierte sich das Interesse der ehemaligen Student:innen schon bald auf die ausländischen Arbeiter. Da kam es gelegen, dass 1971 italienische Genoss:innen nach Frankfurt zogen und fortan beim Organisieren ihrer Landsleute halfen. Die Betriebszeitungen, die der RK bei Opel verteilte, erschienen zeitweise auch auf Italienisch, Spanisch, Türkisch, Griechisch und Serbokroatisch.

Über die Jahre wandelte sich der RK: Ab 1971 engagierten sich seine Mitglieder in der Frankfurter Hausbesetzerbewegung, bald darauf auch in der Jugendzentrumsbewegung. Die Praxis in der Stadt wirkte auf die Arbeit im Betrieb. Die Mitglieder des RK interessierten sich mehr und mehr für die Lebenswelt ihrer Kollegen – für ihre Freizeit, ihre Familie, ihre Wohnverhältnisse. Darum bezogen einige Gruppenmitglieder 1972 eine Wohnung in Rüsselsheim, in die sie Interessierte einluden. Der RK begann das zu tun, was man heute *Community Organizing* nennen würde. Mit der Zeit aber liefen die Kämpfe um Raum zum Wohnen und Austoben der Betriebsarbeit den Rang ab. Ab 1973 gab der RK mit anderen Gruppen, die man »Spontis« zu nennen begann, eine bundesweite Zeitung heraus, die *Wir wollen alles* hieß. Betriebliche Themen kamen in ihr vor, wurden aber seltener. Einige im RK orientierten sich da schon länger in Richtung der gewerkschaftlichen Linksopposition. Sie trafen sich unter anderem mit der »Plakat-Gruppe«, die eine linke Betriebsratsopposition im Daimler-Werk in Stuttgart-Untertürkheim bildete. Und mit der »Gruppe oppositioneller Gewerkschafter« – da lag der Kontakt nahe, denn seit 1972 bestand sie an einem anderen Opel-Standort, in Bochum. Diese Gruppen kandidierten im Unterschied zum RK bei Betriebsratswahlen, teils mit beachtlichem Erfolg.⁷

Im Januar 1974 erschien zum letzten Mal eine Ausgabe der RK-Betriebszeitung bei Opel. In anderen Fabriken hielten sich Betriebsgruppen des RK etwas länger. Einzelne

6 Betriebsprojektgruppe 1970c.

7 Siehe Behruzi 2015.

machten noch jahrelang weiter, Matthias Beltz zum Beispiel. Der RK wuchs bis Mitte der 1970er-Jahre immer weiter – und löste sich dabei mehr und mehr in die Frankfurter Spontiszene auf. Mit dem Ende der Betriebsintervention vollzog sie – wie große Teile der radikalen Linken – jenen *Abschied vom Proletariat*, den der Philosoph André Gorz 1980 zum Programm erhob.⁸

Ein Traum von Arbeiterautonomie

Als die Student:innen des RK ihre Arbeitsverträge bei Opel unterschrieben, verfolgten sie zwei Ziele: Einerseits wollten sie das Bewusstsein der Arbeiter erforschen. »Untersuchung« nannten sie das. Andererseits wollten sie mit den Arbeitern eine Betriebszelle aufbauen. Im Unterschied zur kommunistischen Konkurrenz von den K-Gruppen ging es dem RK aber nicht darum, die Basis irgendeiner Kleinstpartei zu verbreitern. Sein Traum hieß stattdessen: Arbeiterautonomie. Diese Vision war eine Reaktion auf die Fabrikgesellschaft.

Karl Marx hatte einst im *Kapital* geschrieben: Die Fabrik verwandelt Menschen in »lebendige Anhängsel« der Maschinen.⁹ Im doppelten Sinne werden die Arbeiter:innen ihrer Menschlichkeit beraubt: Weder können sie selbst entscheiden, wie sie arbeiten, noch wie sie einander begegnen – während der Arbeitszeit gilt das Direktionsrecht. Ihren Betrieb können die Beschäftigten kaum selbst gestalten. Dagegen setzte der RK seinen Kampf für die Arbeiterautonomie. Matthias Beltz erklärte das 1986 auf der Tagung im Haus der Gewerkschaftsjugend so: »Das Interesse des Arbeiters ist es, nicht mehr Arbeiter zu sein.«¹⁰ Anfang der 1970er-Jahre waren die Mitglieder des RK überzeugt: Ingeheim wünschen sich die Arbeiter:innen, den Fabrikalltag nicht länger mitmachen zu müssen. Darum prangerten sie in ihren Flugblättern und Betriebszeitungen immer wieder die tägliche Schinderei an: das unbarmherzig laufende Band, die Erschöpfung, die Rückenschmerzen, die Unfälle, die Hitze, den Schmutz, den Lärm. Der RK setzte auf betriebliche Kämpfe gegen die Arbeitsorganisation, er suchte nach »Formen spontanen (oder auch unterdrückten) Widerstands«, die er »weitertreiben« könnte.¹¹ Und er hoffte, dass sich die Arbeiter »nicht mit Verbesserungen begnügen« würden, sondern ihre gemeinsamen Interessen entdecken, immer weitere Forderungen aufstellen und sich letztlich »gegen die Profitmaximierung durch Produktivitätssteigerung richten«.¹² Das Ziel waren, auf eine kurze, marxistische Parole gebracht: »Kämpfe gegen die Mehrwertproduktion.«¹³ Das hieß nichts anderes als die Abschaffung der Lohnarbeit. Der RK ahnte aber, dass man in der Bundesrepublik Anfang der 1970er-Jahre von einem Ende der Lohnarbeit nur träumen konnte. Darum kam es ihm, trotz aller revolutionären Erwar-

8 Gorz 1983.

9 Marx [1867] 1983: 347.

10 Beltz et al. 1988: 141.

11 Betriebsprojektgruppe 1970c: 15.

12 Betriebsprojektgruppe 1970d: 29.

13 Betriebsprojektgruppe 1970d: 32.

tungen, erst einmal darauf an, dass bei Opel überhaupt für bessere Arbeitsbedingungen gestritten wird.

Zur Idee der Arbeiterautonomie gehörte auch die Überzeugung des RK: Die Arbeiter:innen werden um ihr Leben betrogen. Sie versauern fünf bis sechs Tage in der Woche in der Fabrik. Sie haben kaum Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen können, und keine Muße, ihren Leidenschaften nachzugehen. Darum freute sich der RK, wenn die Beschäftigten dem Arbeitsalltag gemeinsam entflohen. Er war begeistert von Streiks und Protestaktionen, vor allem wenn sie auf dem Werksgelände stattfanden. Dann nämlich – und das gilt noch immer – unterhalten sich die Menschen, vielleicht tanzen sie sogar, wo sie sonst nur arbeiten. Es können auch kleinere Ausbrüche sein: die gemeinsame Brotzeit in der Werkshalle, das abteilungsweite Bummeln in der Nachtschicht und die Schimpftirade über die Vorgesetzten. Sie alle bedeuten, dass sich die Arbeiter:innen das Werksgelände mit ihrem Eigensinn zurückerobern.¹⁴ Matthias Beltz schwärmte in einem Artikel in der Zeitschrift *Autonomie*, der nicht lange nach seinem Abschied von Opel erschien: »Die Arbeitenden richten die Fabrik um zur Theaterbühne und zum Sportplatz, zum Kabarett und Abenteuerspielplatz; sie erobern die Hallen und eignen sie sich für ihre eigenen Spielzwecke an.«¹⁵ Manchmal kam es vor, dass die Flugblätter des RK an Karosserieteile geheftet durch das Werk fuhren. In der Regel befestigten seine Mitglieder sie selbst. Wenn ihnen aber ein flugblattversehenes Autoteil entgegenkam, dann freuten sie sich über diese Selbstermächtigung ihrer Kollegen.

Über ihre Anliegen können die Beschäftigten auf Betriebsversammlungen sprechen. Zumindest der Idee nach, denn der Betriebsrat hat das Hausrecht. Als die Mitglieder des RK zu Opel kamen, wurde kaum diskutiert auf den Betriebsversammlungen. 1971 begannen sie, sie als ihre Bühne zu nutzen. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Flugblätter und Zeitungen bis dahin nur mäßig Erfolg hatten. Auf den Betriebsversammlungen wussten die Student:innen ihre Stärken auszuspielen – reden konnten sie ja. Mit ihnen gab es Diskussionen, auch Spaß. Matthias Beltz soll sein kabarettistisches Talent bei Opel entdeckt haben. Seit der RK offen bei den Betriebsversammlungen auftrat, nahmen deutlich mehr Arbeiter teil. Sie begannen, sich selbst zu beteiligen, und über die Dinge zu sprechen, die sie beschäftigten. Für die Linksradikalen waren die Versammlungen deshalb »Demonstration dessen, was für die Arbeiter Demokratie bedeutet«. Sie wünschten sich, dass die Betriebsversammlungen zu »unabhängigen Arbeiterversammlungen« weiterentwickelt würden, »wo man ohne Angst vor Entlassung seine Probleme besprechen kann und wo es auch möglich ist, sich Aktionen zu überlegen und vorzubereiten.«¹⁶

Das Ideal der Arbeiterautonomie bedeutete allerdings noch etwas: Gewerkschaftsfeindschaft. Im *Untersuchungspapier*, seinem Manifest, schrieb der RK, »daß das Proletariat eine autonome Organisation bilden und die Loyalität gegenüber Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien aufgelöst werden muß.«¹⁷ An anderer Stelle hieß es, der

14 Siehe Heiland/Schaupp 2023.

15 Beltz 1977: 18.

16 Revolutionärer Kampf 1972b: 1–3. Bei Texten, die nicht für eine Veröffentlichung bestimmt waren, habe ich Schreibfehler stillschweigend korrigiert.

17 Betriebsprojektgruppe 1970c: 5.

DGB sei ein »mächtiger Gegner« der Arbeiter:innen; sie befänden sich in einem »Zweifrontenkrieg gegen das Kapital und Gewerkschaften.«¹⁸ Wie der RK zu dieser Auffassung kam, erkläre ich gleich ausführlicher. Vorher aber lohnt ein Blick auf ihren Ursprung. Vorbild des Kampfs für die Arbeiterautonomie war Italien, genauer: der »Heiße Herbst« 1969 und die Theorie des *Operaismo*.

Von Italien lernen, hieß kämpfen lernen

In Italien streikten die Arbeiter:innen seit dem Frühjahr 1968 immer häufiger. Wo die Gewerkschaften schlecht aufgestellt waren, organisierten sich die Arbeiter:innen selbst; sie streikten dann in der Regel spontaner und militanter. So war es auch beim wichtigsten Unternehmen Italiens, dem Autohersteller FIAT. In dessen Hauptwerk im Turiner Stadtteil Mirafiori arbeiteten über 50.000 Menschen. Weil es FIAT an Arbeitskräften mangelte, warb das Unternehmen tausende Arbeiter aus dem ländlichen Süden an. Sie wurden zur treibenden Kraft der Streiks 1968 und 1969, zusammen mit den Student:innen, die die Arbeiter bei FIAT unterstützten. Bei Streiks im Frühjahr und Sommer 1969 setzten sich die Arbeiter über die Vorgaben der Gewerkschaften hinweg. Sie stellten eigene Forderungen auf und verlängerten die Streiks eigenmächtig. Ihre Aktionen nahmen derweil einen neuen Charakter an: Man stand nicht wie üblich vor den Werkstoren, sondern demonstrierte durch das Werk – oft laut, manchmal wie bei einem Festumzug. In diesen Kämpfen bildete sich ein neuer Akteur bei FIAT: die »Arbeiter-Studentenversammlung«, die oft als Gegenspieler der italienischen Metallgewerkschaften auftrat. Sie warf den Gewerkschaften einen bürokratischen Führungsstil vor, der die Selbsttätigkeit der Arbeiter beschneide. Und dass sie die Arbeitskämpfe darauf ausrichteten, Tarifverträge mit Lohnerhöhungen abzuschließen. Konflikte um die Produktion selbst, um den Takt am Band, würden dabei unter den Tisch fallen.¹⁹

Ihren Höhepunkt erreichte die Streikbewegung im »Heißen Herbst« 1969. Es standen Tarifverhandlungen in der Metallindustrie an. Am 10. Oktober zogen 10.000 Arbeiter durch das Werk, belagerten die Büros der Angestellten und bewarfen das Gebäude mit Steinen und Schraubenmuttern. Gewerkschaftsvertreter wurden von den Arbeitern über die Fabrikmauern gehievt, damit sie bei ihren Kundgebungen sprechen konnten. Bei einer Demonstration am 29. Oktober schlugen Arbeiter auf die Maschinen ein und verwüsteten eine Kantine. Das Management suspendierte daraufhin über hundert von ihnen und zeigte einige bei der Polizei an. Die Gewerkschaften stellten sich hinter die Arbeiter und erklärten Mitte November, erst weiterzuverhandeln, wenn FIAT die Suspendierungen und Anzeigen zurücknahm. Ende November entglitt ihnen dennoch die Kontrolle. Die Arbeiter mehrerer Werksteile traten eigenmächtig in den unbefristeten Streik, den die Arbeiter-Studentenversammlung gefordert hatte. Am 3. Dezember lief bei FIAT kein einziges Auto mehr vom Band. Die Gewerkschaften stellten sich gegen den unbefristeten Streik. Denn sie befürchteten, er würde schnell auseinanderbrechen. Schon nach wenigen Tagen hatten sie die meisten Arbeiter überzeugt, zu stundenweisen

18 Betriebsprojektgruppe 1970d: 32.

19 Lange 2021: 155–202.

Streiks zurückzukehren. Am 21. Dezember schließlich lenkte der Unternehmerverband ein und gab fast allen Forderungen der Gewerkschaften nach.²⁰

Die Theorie der Turiner Streiks war der *Operaismo*, zu Deutsch »Arbeiterismus«. Er wurde Anfang der 1960er-Jahre von italienischen Marxisten um Raniero Panzieri und Mario Tronti entwickelt, die sich von der Italienischen Kommunistischen Partei losgesagt hatten. Es ging ihnen um eine Kritik der Arbeit und der Fabrikgesellschaft, also darum, wie man zugerichtet wird, wenn man täglich am Fließband steht. Im Kern war die operaistische Theorie ein Einspruch gegen den damaligen »wissenschaftlichen« Marxismus, der sich die Gesellschaft wie ein Uhrwerk vorstellte.²¹ Die Theoretiker des *Operaismo* wollten sich nicht länger mit den vielbeschworenen »objektiven Verhältnissen« beschäftigen, sondern mit den Arbeiter:innen. Weil es um ihre Bedürfnisse ging, lautete die Parole: Arbeiterautonomie.²²

Der *Operaismo* war ein Vorbild für viele westdeutsche Linksradikale. Er verbürgte die gelungene Vereinigung von Studenten- und Arbeiterbewegung, nach der man sich in der Bundesrepublik sehnte. Zudem war er Symbol der Arbeiterautonomie – in ihren verschiedenen Facetten. Die italienischen Genoss:innen forderten, erstens, nicht höhere Löhne; sie riefen stattdessen den Kampf gegen die Fabrikarbeit aus. Zweitens stand der *Operaismo* dafür, dass die Arbeiter:innen im Betrieb ihrer Lebenslust und ihrem Unwillen an der Arbeit Luft machten, etwa bei den festlichen Demonstrationen durch das FIAT-Werk. Schließlich versprach der *Operaismo*, drittens, Streiks ohne Gewerkschaftsapparat, also (vermeintlich) ohne Stellvertreterpolitik. Darum galt: Von Italien lernen, hieß siegen lernen, und selbst wenn nicht, dann immerhin kämpfen lernen.

Als die Turiner Arbeiter 1969 die Fließbänder bei FIAT anhielten, brachten Mitglieder der Frankfurter Betriebsprojektgruppe von ihren Reisen nach Italien die frohe Kunde mit zum Plenum – und mit ihr die Theorie des *Operaismo*. Man nahm sich ein Beispiel an den operaistischen Gruppen *Potere Operaio*, zu Deutsch: »Arbeitermacht«, und *Lotta Continua*, übersetzt: »Dauernder Kampf«.

Es brauchte eine Weile, bis die Frankfurter Student:innen merkten, dass sich die italienischen Erfahrungen nicht auf die Bundesrepublik übertragen ließen. Die Arbeiter bei Opel waren von Selbstorganisation, Gewerkschaftsferne und dem Kampf gegen den Fabrikalltag nicht besonders angetan. Ihre Biografien, Interessen und Nöte legten Rebellion oft gar nicht nahe. Dafür hatten sich die Student:innen lange kaum interessiert – als es ihnen auffiel, war das ein wesentlicher Grund für viele, die Betriebsintervention aufzugeben. Ernüchtert schrieben mehrere Mitglieder des RK 1973 in einer Selbstkritik:

»Die Wirklichkeit der Arbeiter in der Fabrik unterscheidet sich also wesentlich von dem Bild, das wir uns von ihr gemacht haben. Wo wir ungebrochen die Perspektive einer entstehenden »Arbeiterautonomie« vorausgesetzt haben, eine Lösung von den Gewerkschaften, den beginnenden Kampf gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation, gegen die Gesundheitsschädlichkeit etc., da wurden wir mit Arbeitern konfrontiert, die anscheinend ganz andere Probleme hatten.«²³

20 Lange 2021: 202–242.

21 Siehe Fetscher 1967; Rudolph 2020.

22 Wright 2002.

23 Revolutionärer Kampf 1973: 13.

Eine zerbrochene Koalition und ihre Folgen

Mit dem *Operaismo* hatte der RK die Gewerkschaftsfeindschaft aus Italien importiert. Sie beruhte wesentlich darauf, dass Gewerkschaften ihre Mitglieder vertreten – der *Operaismo* lehnte das im Namen der Arbeiterautonomie strikt ab. Dass der RK nicht viel vom DGB hielt, hatte aber noch weitere Gründe. Als er noch »Betriebsprojektgruppe« hieß, bekundete er im Sommer 1970, seine Positionen seien »Ergebnis unserer eigenen politischen Erfahrung mit SPD und Gewerkschaften, vor allem im Kampf gegen die Notstandsgesetze.«²⁴

In den 1960er-Jahren teilten die Gewerkschaften und die politischen Student:innen das Ziel, die Notstandsgesetze zu verhindern. Im September 1966 wurde das Kuratorium »Notstand der Demokratie« gegründet, um die Kampagne zu koordinieren – zu seinem Sekretär, mit Sitz beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt, wurde Helmut Schauer berufen. Er war von 1964 bis 1966 Bundesvorsitzender des SDS; erst kurz bevor er die Stelle antrat, legte er seine Ämter im SDS nieder. Über die nächsten zwei Jahre entstanden zahlreiche lokale Aktionskomitees gegen die Notstandsgesetze, in denen Arbeiter:innen und Student:innen gemeinsam wirkten.²⁵ Aber die Koalition zerbrach im Laufe der Zeit. Als die Außerparlamentarische Opposition für den 11. Mai 1968 zum großen Sternmarsch nach Bonn aufrief, an dem rund 40.000 Menschen teilnahmen, waren die Gewerkschaften offiziell nicht mehr mit von der Partie. Am selben Tag hielt der DGB eine Konkurrenzkundgebung ab, zu der etwa 10.000 Gewerkschafter:innen in die Westfalenhalle nach Dortmund kamen. Die Spaltung war vollzogen.²⁶ Selbst als zahlreiche Student:innen 1969 die Proteste von Lehrlingen unterstützten, etwa anlässlich des Berufsbildungsgesetzes, näherten sich die wenigsten von ihnen wieder den Gewerkschaften an.²⁷

Die Enttäuschung über die Haltung des DGB machte die Student:innen blind dafür, dass sich viele Gewerkschafter:innen trotzdem weiter an Aktionen gegen die Notstandsgesetze beteiligt und der DGB-Landesbezirk Hessen sowie Teile mancher Mitglieds-gewerkschaften sogar einen Generalstreik befürwortet hatten.²⁸ In den Augen der Außerparlamentarischen Opposition hatten die Gewerkschaften politischen Verrat begangen. Das dürfte einer der Gründe gewesen sein, warum unter den Student:innen Theorien immer populärer wurden, die besagten, der Zweck der Gewerkschaften sei es, die Arbeiterklasse zu disziplinieren. Die Frankfurter Betriebsprojektgruppe kam zu der These von »Gewerkschaften als Agenturen der kapitalistischen Klassenherrschaft.«²⁹

Sie beruhte sicherlich ebenso darauf, dass die bundesdeutschen Gewerkschaften in den Jahren vor 1970 nicht gerade energischen Klassenkampf betrieben hatten: Unter dem Eindruck der Rezession ab 1966 beteiligten sie sich an der »Konzertierten Aktion«, das heißt sie stimmten ihre Tarifpolitik mit der Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden ab. Die Gewerkschaften orientierten ihre Forderungen an volkswirtschaftlichen

24 Betriebsprojektgruppe 1970a: 6.

25 Tolomelli 2001: 164–175.

26 Tolomelli 2001: 232–235.

27 Siehe Andresen 2009.

28 Tolomelli 2001: 241–252.

29 Betriebsprojektgruppe 1970b: 6.

Überlegungen. Das hieß konkret, dass sie sich mit ihren Lohnforderungen sehr zurückhielten – manchmal gab es damals sogar Nullrunden. Dahinter stand die Hoffnung, den DGB als politischen Akteur zu etablieren und beispielsweise die Unternehmensmitbestimmung auszuweiten.³⁰ Darauf komme ich gleich zurück.

1968 verbesserte sich die Auftragslage in der Montan- und Metallindustrie wieder. Das bedeutete für die Beschäftigten härtere und längere Schichten. Die IG Metall reagierte darauf, indem sie mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall für den 1. September 1969 eine Entgelterhöhung von acht Prozent vereinbarte – vor Ablauf der Friedenspflicht. Dem folgten andere Gewerkschaften. Bei den Beschäftigten stieß das auf wenig Verständnis. Denn ihre Vertreter:innen schöpften damit weder die Macht aus, die ihnen die gute Konjunktur verlieh, noch beteiligten sie die Mitglieder an der Tarifpolitik. Der Frust darüber entlud sich in den sogenannten »Septemberstreiks« 1969. Ausgehend vom Dortmunder Hoesch-Stahlwerk, der sogenannten Westfalenhütte, legten in den ersten drei Septemberwochen mindestens 140.000 Beschäftigte ihre Arbeit nieder – wohlge-merkt ohne Streikaufruf der Gewerkschaften. Schwerpunkte waren die Stahl- und Metallindustrie, der Bergbau, die Textilindustrie und der Öffentliche Dienst. Die allermeisten Streiks dauerten nur wenige Stunden oder Tage, häufig konnten die Beschäftigten außertarifliche Lohnerhöhungen durchsetzen.³¹

Die Septemberstreiks machten mächtig Eindruck auf die Reste der Außerparlamentarischen Opposition. In den Augen der radikalen Linken hatten sie gezeigt, dass die (vermeintliche) Integrationsmaschine DGB stotterte. Die Frankfurter Betriebsprojektgruppe schrieb rückblickend im *Untersuchungspapier*, die Arbeiter:innen hätten ihre »verloren geglaubte Fähigkeit zu spontanen Reaktionen« bewiesen.³² Die Deutung, dass sich die Septemberstreiks gegen die Gewerkschaften gerichtet hatten, war nicht ganz abwegig: Besonders die IG Bergbau und Energie, eine Vorgängerin der IG BCE, stellte sich klar gegen die Streikenden. Im Gegenzug protestierten die Bergleute im Saarland vor dem Saarbrücker Gewerkschaftshaus. Vertreter:innen anderer Gewerkschaften waren über die Septemberstreiks ebenso nicht glücklich. Denn sie waren ein praktischer Einspruch der Arbeiter:innen gegen die zurückhaltende Tarifpolitik. Das war ein entscheidender Konflikt – und doch nicht die Entzweiung von Gewerkschaften und Beschäftigten, die die radikale Linke beschwor. Wer sich ausmalte, die Streiks hätten sich nicht nur gegen die Politik der Gewerkschaften gerichtet, sondern generell gegen ihren Vertretungsanspruch, der irrte.³³

Abgrenzung schien alternativlos

Auf die Gewerkschaftsfeindschaft der Linksradikalen antwortete die IG Metall in der Regel mit Härte. Im April 1973 beschloss der Beirat der IG Metall, die K-Gruppen und die »sogenannte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition sind gewerkschaftsfeindlich.« Sie

30 Birke 2007: 171–172, 238–239.

31 Birke 2007: 220–238.

32 Betriebsprojektgruppe 1970c: 7.

33 Birke 2007: 230–248.

wurden zu »gegnerischen Organisationen« erklärt, die Mitgliedschaft als »unvereinbar« mit der in der IG Metall. Schon Mitglieder, die »sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen«, mussten den Gewerkschaftsausschluss fürchten.³⁴ Ähnliches wie die IG Metall beschlossen der DGB und seine anderen Mitglieds-gewerkschaften noch im selben Jahr. Im Laufe der 1970er-Jahre schloss die IG Metall bundesweit fast 500 ihrer Mitglieder aus, weil sie Mitglied einer K-Gruppe waren, auf linksoppositionellen Betriebsratslisten kandidierten oder sich (betriebs-)öffentlich gegen die IG Metall stellten.³⁵ Manche Ausschlüsse wurden sogar auf den regionalen Seiten der Mitgliederzeitung *Metall* öffentlich gemacht und die »Chaoten der unterschiedlichen polit-abenteuerlichen kommunistischen Gruppierungen« mit Namen und Betrieb genannt.³⁶

Dass die IG Metall mit Ausschlüssen auf die Konkurrenz von links antwortete, lag einerseits an deren eigenem Auftreten. Der eben zitierte Beschluss richtete sich ausdrücklich gegen die K-Gruppen. In ihren Betriebszeitungen schimpften sie nicht nur pausenlos auf die Gewerkschaft. Sie riefen dazu auf, sich in der »Revolutionären Gewerkschaftsopposition« zu organisieren, also bei der Konkurrenz. In einigen Betrieben traten K-Gruppen mit eigenen Listen zu den Betriebsratswahlen an.³⁷ Sie versuchten also, der IG Metall organisatorisch Konkurrenz zu machen – womit die Gewerkschaft deutlich schlechter leben konnte als mit verbalen Angriffen oder Aktionen im Betrieb.

Andererseits erklärt sich das Handeln der IG Metall aus ihrem damaligen Bestreben, ihren politischen Einfluss in der Bundespolitik zu vergrößern. Ich habe es eben angedeutet: In den späten 1960er-Jahren beteiligten sich die Gewerkschaften an der »Konzertierten Aktion«, hielten sich tarifpolitisch zurück, und versuchten, die Septemberstreiks einzudämmen. Sie taten das, um ihre Position gegenüber den Parteien und Arbeitgeberverbänden zu stärken. Das große Ziel: mehr Mitbestimmung.³⁸

Ich beschränke mich auf den Kampf für eine stärkere Unternehmensmitbestimmung: Nach dem Nationalsozialismus hatten die westdeutschen Gewerkschaften eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte großer Unternehmen angestrebt – die Vertreter des Kapitals sollten nicht mehr allein entscheiden können über die Wirtschaft des Landes. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 war deshalb eine große Niederlage für die Gewerkschaften. Es gestand den Beschäftigten nur ein Drittel der Aufsichtsrats-sitze zu. Echte Mitbestimmung gab es nur in der Montanindustrie. Mitte der 1960er-Jahre stellte der DGB die Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung wieder ins Zentrum seiner Politik. In den Jahren darauf versuchte er, die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Die Arbeitgeberverbände taten dasselbe. Im Parlament konnte der DGB nur auf die Unterstützung der SPD setzen, vielleicht noch auf Zuspruch der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, des Sozialflügels der CDU. Die Mehrheit in der Union und die FDP lehnten die paritätische Mitbestimmung strikt ab. Mit dem Start der sozialliberalen Koalition 1969 war klar: Nur Druck auf die SPD konnte zum Erfolg

34 IG Metall 1973.

35 Arps 2011: 154–156.

36 Haus der Gewerkschaftsjugend 1988: 139.

37 Arps 2011: 148–154.

38 Birke 2007: 171–172, 238–239.

führen. In dieser Gemengelage wollten die Gewerkschaften Einheit, Stärke und volkswirtschaftliche Verlässlichkeit demonstrieren.³⁹ Deshalb kamen die Septemberstreiks so ungelegen. Sie zeigten, dass die Beschäftigten weniger an den politischen Ambitionen des DGB interessiert waren als an ihrem Lohn. Dasselbe wiederholte sich bei den wilden Streiks 1973, deren Symbol die Betriebsbesetzung bei Ford in Köln wurde. In der ganzen Bundesrepublik streikten fast 300.000 Beschäftigte, wieder ohne Aufruf der Gewerkschaften.⁴⁰ Diesmal waren die ausländischen Arbeiter:innen treibende Kraft.⁴¹

Im Kampf für die Unternehmensmitbestimmung waren Otto Brenner, Erster Vorsitzender der IG Metall, und sein Nachfolger Eugen Loderer die treibenden Kräfte im DGB. Kurz vor seinem Tod im April 1972 verfasste Brenner den Text *Perspektiven der deutschen Mitbestimmung*, der auf der Vierten Internationalen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen verlesen wurde. Darin findet sich die berühmt gewordene Wendung, Mitbestimmung sei »vom Ansatz her radikaldemokratisch und antikapitalistisch.«⁴² Ebenso betonte Otto Brenner, »daß uns die antikapitalistische Entstehungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung in lebendiger Erinnerung ist, daß wir mit der herrschenden Wirtschaftsordnung keinen ewigen Frieden geschlossen haben.«⁴³ Und doch grenzte er sich klar ab von der radikalen Linken. Das begründete er so:

»In den Augen mancher Leute ist sie [die Mitbestimmungskonzeption] allzusehr dem Bestehenden verhaftet. Ich habe nicht die Absicht, mich ausführlich mit dem Verbalradikalismus einiger außerparlamentarischer Gruppen auseinanderzusetzen, für die Gewerkschaften im allgemeinen, Mitbestimmung im besonderen von vornherein Instrumente zur Disziplinierung der Lohnabhängigen sind. In diesen Versatzstücken einer pseudosozialistischen Theorie werden die Gewerkschaften auf allzu durchsichtige Weise zum Sündenbock dafür abgestempelt, daß die Arbeiter scheinradikalen Losungen nicht folgen.«⁴⁴

Mit Sicherheit hatte Otto Brenner einen Punkt, wenn er den Linksradikalen ihren Verbalradikalismus vorwarf. Wichtiger für die IG Metall dürfte allerdings etwas anderes gewesen sein: Wollte sie die Unternehmensmitbestimmung durchsetzen, musste sie mobilisierungsfähig sein. Die großen Industriebetriebe, in denen die IG Metall traditionell stark war, boten Potenzial für Proteste mit zehntausenden Beschäftigten – manche im DGB dachten Ende der 1960er-Jahre auch laut darüber nach, ein neues Mitbestimmungsgesetz mit Streiks durchzusetzen.⁴⁵ Weil die IG Metall auf diese Stärke angewiesen war, war sie gar nicht begeistert, als sie in ihren Hochburgen Konkurrenz von selbsterklärten Revolutionär:innen bekam, die gegen ihr Reformprogramm arbeiteten. Folglich bekämpfte sie jene, die sie als Bedrohung ansah in ihrem Kampf für mehr Mitbestimmung.

39 Lauschke 2006.

40 Birke 2007: 274–304.

41 Siehe Goetze 2020.

42 Brenner [1972] 1997: 97.

43 Brenner [1972] 1997: 108.

44 Brenner [1972] 1997: 107.

45 Lauschke 2006: 45–48.

Der ging letztlich verloren. Als die SPD-FDP-Regierung 1972 das Betriebsverfassungsgesetz grundlegend überarbeitete, sparte sie die Unternehmensmitbestimmung vorerst aus. 1976 verabschiedete die Koalition das Gesetz, das bis heute gilt. Die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte wurde nicht beschlossen. Stattdessen entscheidet in Pattsituationen der Aufsichtsratsvorsitzende, der von den Anteilseignern bestimmt wird.

Ein seltenes Bündnis

Bei Opel in Rüsselsheim war das Verhältnis zwischen Linksradikalen und IG Metall Anfang der 1970er-Jahre fast so schlecht wie anderswo. Neben dem RK verteilten mehrere Betriebsgruppen ihre Zeitungen. Auf den Betriebsversammlungen wurden sie vom Betriebsrat als Krawallmacher beschimpft; in Flugblättern warnte er vor dem RK und der KPD/ML, einer K-Gruppe.⁴⁶ Im Gegenzug warfen die Mitglieder des RK dem Betriebsrat und der IG Metall pausenlos Untätigkeit und Verrat vor.

Nach nicht einmal einem Jahr Betriebsarbeit erkannte der RK aber: Er hatte es sich zu einfach gemacht mit seiner Gewerkschaftsfeindschaft. Von den Arbeitern wurde er bald als besonders radikale »Ersatzgewerkschaft« wahrgenommen.⁴⁷ Seine Mitglieder wurden aufgefordert, sich als Vertrauensleute wählen zu lassen oder gar für den Betriebsrat zu kandidieren. In die IG Metall waren sie zwar eingetreten – das gehörte damals so selbstverständlich zur Einstellung bei Opel wie die Untersuchung durch den Betriebsarzt. Aber sie wollten nie eine Ersatzgewerkschaft sein und nie betriebliche oder gewerkschaftliche Ämter übernehmen. Das galt ihnen als Verrat am Ideal der Arbeiterautonomie.

Und doch diskutierte der RK anlässlich der Vertrauensleutewahl im Oktober 1972, ob man sich aufstellen lassen sollte. Die Gegner:innen des Vertretungsprinzips begannen zu verstehen: Die Arbeiter hatten viel zu verlieren. An ihrem Arbeitsplatz hing ihre Existenz. Sie drängten die Mitglieder des RK dazu, Ämter zu übernehmen, weil das im Betrieb ein Ausweis von Glaubwürdigkeit und Verantwortlichkeit war. Die Arbeiter suchten nach Leuten, auf die sie sich im Ernstfall verlassen konnten. In einem internen Diskussionspapier des RK hieß es im Sommer 1972, »daß als praktische Avantgarde, als Streikführer etwa, bei den Arbeitern nur gilt, wer sich als Interessenvertreter der Arbeiter Tag für Tag bewährt hat.«⁴⁸ Der RK begann außerdem zu verstehen: Die Arbeiter wussten sehr genau, dass eine wirkungsvolle Interessenvertretung im Betrieb nur mit dem gesetzlichen Schutz möglich war, den Betriebsrat und Gewerkschaft bieten. Für einen antigewerkschaftlichen Kurs waren sie darum nicht zu gewinnen.

46 Genau genommen arbeiteten bei Opel zwei verschiedene K-Gruppen, die sich beide »KPD/ML« nannten. Sie hatten sich im April 1970 gespalten, stritten sich seitdem um das Kürzel und bestanden in ihren Betriebszeitungen darauf, nichts miteinander zu tun zu haben. Dass das den Opel-Arbeitern einleuchtete, darf man bezweifeln. Siehe Benicke 2019: 21.

47 Revolutionärer Kampf 1972c: 4.

48 Revolutionärer Kampf 1972a: 6.

Als der RK im Sommer 1971 mit seiner Idee von Arbeiterautonomie zu hadern begann, näherte er sich den Vertrauensleuten der IG Metall an. Man diskutierte in den Pausen, manche Mitglieder des RK wurden integriert in Diskussionszirkel und Frühstücksrunden engagierter Kolleg:innen. Dem RK wurde klar, dass er eine Gruppe von Menschen unterschätzt hatte – er nannte sie »Radikalreformisten«. Gemeint waren kämpferische Gewerkschafter:innen an der Basis, vor allem Vertrauensleute, die entschieden für die Interessen der Belegschaft einstanden. Der RK nahm sich vor, sich an ihnen zu orientieren, wenn möglich ihre Positionen zu radikalisieren. Der Strategiewechsel war geprägt von der Erfahrung im Werk. In einem internen Papier des RK hieß es über die Radikalreformist:innen: »[S]ie sind – auch wenn es noch so wenig in unser Weltbild sich einfügen mag – die *wirkliche Massenavantgarde der deutschen Arbeiterklasse!*«⁴⁹

Die Annäherung an die Vertrauensleute der bei Opel Rüsselsheim war nur möglich, weil sie selbst gespalten waren. Genauso der Betriebsrat. Anfang der 1970er-Jahre standen sich zwei Fraktionen innerhalb der IG Metall gegenüber: Es gab eine alteingesessene Gruppe von Gewerkschaftern, die auf gute Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung setzte. Sie stellte die Mehrheit im Betriebsrat und stand hinter Paul Lorenz, der seit 1959 Betriebsratsvorsitzender war. Ihr gehörten auch Rudolf Hahn, seit 1968 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats, und Hans-Ulrich Powitz an, seinerzeit stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. An ihrer Politik störten sich diejenigen, die zur Riege jüngerer, kämpferischer Gewerkschafter:innen gehörten. Unter ihnen war Gerhard Wink, der 1986 an der Tagung in Oberursel teilnahm. Er arbeitete seit Jahren am Aufbau einer linken Opposition unter den Vertrauensleuten, gemeinsam mit Rudolf Müller und Richard Heller, dem Sprecher der Vertrauensleute, der ab 1972 auch im Betriebsrat saß. Nach und nach wuchs der Einfluss ihrer Fraktion im Vertrauenskörper.⁵⁰

Die kämpferischeren Gewerkschafter:innen – in der Sprache des RK: die »Radikalreformisten« –, freuten sich über die Linksradikalen im Betrieb und diskutierten mit ihnen. Manche lobten die Betriebszeitungen des RK, wenn sie auch nicht einverstanden waren mit den offenen Angriffen auf die IG Metall. Man tauschte sich aus über Möglichkeiten, gegen Unfallrisiken oder Sonderschichten vorzugehen. Dass der RK bei Betriebsversammlungen so offensiv auftrat, erlaubte es der Gruppe um Richard Heller, ebenfalls offensiver gegenüber der Unternehmensführung und der Betriebsratsmehrheit aufzutreten. Das Klima im Rüsselsheimer Werk änderte sich nach und nach.

Bei der Betriebsratswahl 1975 eskalierte der Konflikt zwischen den Fraktionen der IG Metall. Der Vertrauenskörper setzte durch, dass die IG Metall mit zwei Listen zur Betriebsratswahl antrat. Alle Kandidat:innen konnten sich entscheiden, auf welcher sie stehen wollten. Die eine wurde angeführt von der Betriebsratsmehrheit um den Vorsitzenden Paul Lorenz; die andere bildete eher den Vertrauenskörper ab, auf ihr kandidierte Richard Heller. Nur widerwillig billigte die IG Metall die Zwei-Listen-Strategie – sie folgte nicht gerade dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft.⁵¹ Die Betriebsratswahl gewann schließlich die Liste um Richard Heller, Rudolf Müller und Gerhard Wink mit

49 Revolutionärer Kampf 1972a: 4. Hervorhebung im Original.

50 Britscho 1975.

51 Britscho 1975; Beltz et al. 1988: 136–138.

knapp 9.000 Stimmen gegenüber weniger als 6.300 Stimmen für die Liste um Paul Lorenz, Rudolf Hahn und Hans-Ulrich Powitz. Das entsprach jeweils zwanzig und vierzehn Sitzen, bei insgesamt 45 Betriebsratsmandaten – die Mehrheit war gekippt. Die restlichen Plätze entfielen auf die Liste der türkischen Beschäftigten, die Liste der Christlichen Gewerkschaft Metall und die Gemeinschaftsliste von Opel-Arbeitern und -Angestellten.⁵² Den Erfolg der kämpferischen Gewerkschafter:innen konnte der RK auch für sich verbuchen. Die Ironie seiner Betriebsintervention: Mit der Vision von Arbeiterautonomie war der RK krachend gescheitert. Umgekehrt hatte er, gegen seine ursprüngliche Absicht, zur Erneuerung der IG Metall im Betrieb beigetragen.

Richard Heller blieb Betriebsratsvorsitzender bis 1992, ab 1987 war er auch Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats. Als er aus seinen Ämtern ausschied, übernahm sein Kollege Rudolf Müller. Die Mitglieder des RK gingen ihren Weg weiter in Richtung IG Metall. Im Laufe der Jahre wurden mehrere von ihnen Vertrauensleute, darunter Matthias Beltz.⁵³ Er verließ das Opel-Werk 1977. Ein knappes Jahrzehnt später, auf der Tagung zum Thema »APO und Gewerkschaften«, traf er wieder auf Gerhard Wink, der seit 1975 durchgängig im Rüsselsheimer Betriebsrat saß. An seinen ehemaligen Kollegen gerichtet, stellte Matthias Beltz die besagte Ironie der Betriebsintervention heraus:

»Was wir [vom RK] beim Opel erreicht haben, ist ganz lustig. Wir haben z.B. gegen die Gewerkschaft gehetzt und haben es fertiggebracht – vielleicht gibst du mir recht, Gerd –, den Betriebsrat in eine reaktionäre und eine progressive IG Metall-Linie zu spalten. Unsere Intervention, die auf Revolution zielte, hat eigentlich als wesentliches Ergebnis erreicht, daß eure Liste, Gerd, die Betriebsratswahl gewonnen hat...«⁵⁴

Im Gegenzug brach Gerhard Wink eine Lanze für die Student:innen: Sie »waren gute, prima Kumpels, die haben für unsere Sache wenigstens mal den Mund aufgemacht.«⁵⁵ Ein Wiedersehen in trauter Einigkeit. Das war die Ausnahme in der konfliktreichen Beziehung zwischen radikalen Linken und Gewerkschaften in den 1970er-Jahren.

Literatur

- Andresen, Knud (2009): Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung von 1968–1972. Konturen eines vernachlässigten Phänomens, in Birke, Peter/Hüttner, Bernd/Oy, Gottfried (Hg.), *Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion*, Dietz, S. 87–102.
- Arps, Jan Ole (2011): *Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren*, Assoziation A.
- Behruzi, Daniel (2015): *Wettbewerbspakte und linke Betriebsratsopposition. Fallstudien in der Automobilindustrie*, VSA.

52 Opel 1975.

53 Beltz et al. 1988: 137–138.

54 Beltz et al. 1988: 134.

55 Beltz et al. 1988: 138.

- Beltz, Matthias (1977): Abenteuer in der Fabrik. Geschichten aus der Beziehung zwischen Linksradikalen und Arbeiterbewegung, Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, 9, S. 9–22.
- Beltz, Matthias/Pirker, Theo/Rabehl, Bernd/Scharrer, Manfred/Schmierer, Joscha/Seifert, Jürgen/Wink, Gerhard (1988): APO, Gewerkschaft, Partei und die Arbeiterklasse. Eine Diskussion mit Matthias Beltz, Bernd Rabehl, Manfred Scharrer, Joscha Schmierer und Gerhard Wink, in Haus der Gewerkschaftsjugend (Oberursel) (Hg.), Zwischen Kooperation und Konfrontation. Beiträge zur Geschichte von außerparlamentarischer Bewegung und Gewerkschaften, Schueren, S. 121–164.
- Benicke, Jens (2019): Die K-Gruppen. Entstehung – Entwicklung – Niedergang, Springer VS.
- Betriebsprojektgruppe (1970a): Themenvorschlag zur Arbeitskonferenz, Sozialistische Correspondenz, 48/49, S. 6–7.
- Betriebsprojektgruppe (1970b): Zum veränderten Verhältnis von wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, Sozialistische Correspondenz, 52/53, S. 3–7.
- Betriebsprojektgruppe (1970c): Untersuchung – Aktion – Organisation, Sozialistische Correspondenz, 58, S. 1–23.
- Betriebsprojektgruppe (1970d): Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen und einer historisch adäquaten Interessenvertretung, Sozialistische Correspondenz, 58, S. 23–33.
- Birke, Peter (2007): Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Campus.
- Brenner, Otto [1972] (1997): Perspektiven der deutschen Mitbestimmung, in IG Metall-Vorstand (Hg.), Visionen lohnen. Otto Brenner 1907–1972. Texte, Reden und Aufsätze, Bund-Verlag, S. 96–111.
- Britscho, Winfried (1975): Betriebsratswahlen bei Opel Rüsselsheim, in Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walther/Schmidt, Eberhard (Hg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 75, Fischer, S. 58–63.
- Fetscher, Iring (1967): Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, in Fetscher, Iring, Karl Marx und der Marxismus. Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, Piper, S. 123–144.
- Goeke, Simon (2020): »Wir sind alle Fremdarbeiter!« Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre, Ferdinand Schoeningh.
- Goetz, André (1983): Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Rowohlt.
- Haus der Gewerkschaftsjugend (Oberursel) (Hg.) (1988): Zwischen Kooperation und Konfrontation. Beiträge zur Geschichte von außerparlamentarischer Bewegung und Gewerkschaften, Schueren.
- Heiland, Heiner/Schaupp, Simon (2023): Informeller Widerstand im Arbeitsprozess – eine Einführung, in Heiland, Heiner/Schaupp, Simon (Hg.), Widerstand im Arbeitsprozess. Eine arbeitssoziologische Einführung, Transcript, S. 7–25.
- IG Metall (1973): Wichtiger Beschluß des Beirats, Metall 25, 9, S. 3.
- Kasper, Sebastian (2016): Unter der Parole »Kampf gegen die Arbeit!« Die Betriebsintervention der frühen Sponti-Bewegung, Arbeit – Bewegung – Geschichte 15, 1, S. 49–62.

- Lange, Dietmar (2021): *Aufstand in der Fabrik. Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe bei FIAT-Mirafiori 1962 bis 1973*, Böhlau.
- Lauschke, Karl (2006): *Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die Entstehungsgeschichte des Mitbestimmungsgesetzes von 1976*, Hans-Böckler-Stiftung.
- Marx, Karl [1867] (1983): *Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Band 1* (= Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), Karl Marx und Friedrich Engels. Gesamtausgabe (MEGA²), Band II/ 5), Dietz.
- Opel (1975): *Das Wahlergebnis von Rüsselsheim*, Opel-Post, 27, 5, S. 6.
- Revolutionärer Kampf (1972a): *Was heißt Arbeiterautonomie für die deutsche Arbeiterklasse? Internes Diskussionspapier*, Frankfurter Archiv der Revolte, Bestand »Revolutionärer Kampf«, Signatur RK/BS.
- Revolutionärer Kampf (1972b): *Betriebsversammlungen bei Opel. Internes Diskussionspapier*, Frankfurter Archiv der Revolte, Bestand »Revolutionärer Kampf«, Signatur RK/BS.
- Revolutionärer Kampf (1972c): *Für eine neue Organisation. Internes Diskussionspapier*, Archiv des Verlags Neue Kritik, Bestand »Revolutionärer Kampf«, Signatur RK/JF1/21.
- Revolutionärer Kampf (1973): *Betriebsarbeit/RK*, Diskus. Frankfurter Studentenzeitung 23, 4, S. 10–21.
- Rudolph, Lucas (2020): *Die Polemik der Deutschen Ideologie. Zur Dynamik der Marx-Engels'schen Kritik am Beispiel von Ideologie und Verselbständigung*, in Graßmann, Timm/ Hubmann, Gerald/ Jakob, Norman (Hg.), *Marx-Engels-Jahrbuch 2019/20*, De Gruyter, S. 73–99.
- Tolomelli, Marica (2001): »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. *Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien*, Springer VS.
- Wright, Steve (2002): *Storming Heaven. Class Composition and Struggle in Italian Autonomist Marxism*, Pluto Press.